

# Inhalt

## Politik

<i>Grünes Licht fürs Greening</i>	03
<i>Gute Einkommen, wenig Umstellung</i>	04
<i>Nachhaltig ausgebremst</i>	06
<i>Nachrichten</i>	07

## Pflanzenbau & Technik

<i>Unkraut regulieren in Soja und Mais</i>	08
<i>Meldungen</i>	11, 15
<i>Die schwierige Suche nach Alternativen</i>	12
<i>Gar gekocht</i>	14
<i>Fachtagung: Die Zeit ist der Kellermeister</i>	16

## Tierhaltung

<i>Gut beraten</i>	18
<i>Buchvorstellung</i>	21
<i>Grundlage Grünland</i>	22

## Aus der Bioland Beratung

<i>Aktuelles</i>	24
------------------	----

## Blickpunkt

<i>Blickpunkt Lohnkosten im Griff ab Seite</i>	25
--	----



## Markt & Management

<i>Sojafutter ab Hof</i>	33
<i>Via Facebook Kunden binden</i>	34
<i>Interview: „One-Way-Werbung funktioniert nicht“</i>	35
<i>Branchenhighlight mit Neuheiten</i>	36
<i>Meldungen</i>	38

## Bioland aktiv

<i>Aktuelles</i>	39
<i>Gewinnspiel</i>	41

## Service

<i>Termine/Leserbriefe</i>	42
<i>Vorschau &amp; Impressum</i>	43
<i>Anzeigen &amp; Angebote</i>	44



## Editorial

EU-Gipfel und BioFach sind vorüber – die Gegensätze könnten krasser nicht sein. Bio boomt weiter, gerade in Deutschland. Doch beim EU-Milliardenpoker zählen weder die Interessen der Verbraucher und Steuerzahler noch die der Umwelt. Zukunftsorientierte Politik sieht anders aus. Sechs Jahre lang singen alle Politiker das hohe Lied auf die ländliche Entwicklung, denn sie bringt der Gesellschaft den größten Nutzen und muss gestärkt werden. Nur im verfluchten siebten Jahr ist alles Gesagte vergessen. Kommt es zum Schwur wie im Februar in Brüssel, zählt die Umwelt nichts mehr. Der breite Konsens, dass Steuergeld nur gegen konkrete Leistungen gezahlt wird, ist längst Makulatur. Weit über 100 Millionen Euro verliert Deutschland in der Zweiten Säule, aus der auch die Umweltleistungen der Biobetriebe finanziert werden. Einziger Lichtblick: Unsere Kanzlerin hat es nicht geschafft, das Greening weiter zu verwässern. Unambitionierter kann Politik kaum sein. In den nächsten vier Monaten werden für den Biolandbau wichtige Entscheidungen getroffen. Damit unsere Bauern, die für Arten- und Gewässerschutz mehr leisten als das Gesetz verlangt, nicht zu den Verlierern dieser Reform werden, muss Deutschland 15 Prozent der Mittel von der Ersten in die Zweite Säule für Agrarumweltmaßnahmen umschichten. Und ohne ein echtes Greening der Ersten Säule verliert Bundesministerin Aigner ihre Glaubwürdigkeit. Als Bioland-Gemeinschaft werden wir weiter für eine echte Agrarreform streiten, gerade auf diesen letzten Metern! Nicht zuletzt, damit unsere Mitbürger das bekommen, was sie wollen: Bio aus ihrer Region.